



20.030

**Förderung der Kultur
in den Jahren 2021–2024****Encouragement de la culture
pour la période 2021–2024***Zweitrat – Deuxième Conseil*

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.09.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.09.20 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 23.09.20 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 24.09.20 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 25.09.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 07.06.21 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.09.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.09.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 01.10.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 01.10.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Eine Vorbemerkung: Ich gehe davon aus, dass unsere Kolleginnen und Kollegen der SGK sich auch gerade mit Kultur beschäftigen, Kultur in der Krise; wir von der WBK hoffentlich für die nächsten vier Jahre nicht mehr.

Mit dieser Botschaft legt uns der Bundesrat fünf Gesetzesänderungen und acht Finanzierungsbeschlüsse vor. Unsere Kommission beantragt Eintreten auf die Finanzierungsbeschlüsse und auf vier der fünf Gesetzesänderungen, also noch nicht auf das Filmgesetz, die Vorlage 2. Das Filmgesetz ist heute nicht traktandiert, sondern wird in Übereinstimmung mit unserer Schwesterkommission und mit Genehmigung des Büros erst in der Wintersession in unserem Rat beraten. Das Filmgesetz, quasi den heissen Streifen der Kulturbotschaft, wollen wir im ordentlichen Verfahren mit der nötigen Vorbereitung beraten.

Das Eintreten auf alle heute zu beratenden Vorlagen war in unserer Kommission unbestritten. Wir haben auch nur wenige Minderheiten bzw. Differenzen zum Nationalrat. Gerade diese Unbestrittenheit zeigt, dass wir die strategische Ausrichtung der Kulturpolitik sowie die Mittelzuteilung, wie sie der Bundesrat mit der Kulturbotschaft vorschlägt, unterstützen. Es ist dies eine verständliche Fortführung der strategischen Schwerpunkte der letzten fünf Jahre, nämlich kulturelle Teilhabe, gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie Kreation und Innovation. Auch ist es folgerichtig, dass dem Verfassungsauftrag von Volk und Ständen aus dem Jahr 2012 Rechnung getragen und das Programm "Jugend und Musik" weiterentwickelt wird. "Jugend und Sport" kennen wir alle aus unserer Jugend- und Schulzeit, und ich glaube, "Jugend und Musik" wird mit der Zeit ebenso selbstverständlich werden.

Auch begrüßen wir, dass dem Sprachenaustausch von Schülern, Schülerinnen, Lernenden und Lehrpersonen innerhalb der Schweiz eine erhöhte Bedeutung zugemessen und ihm auch entsprechend mehr Mittel gewährt werden. Eine Kommissionsminderheit will hier noch mehr finanziellen Schub geben.

Gerade weil wir einerseits einen kontinuierlichen und damit auch verlässlichen Rahmen für die Kulturpolitik unterstützen und andererseits auch die erwähnten Schwerpunkte begrüßen, erachten wir das vom Bundesrat vorgesehene Wachstum von jährlich 2,6 Prozent einschliesslich Teuerung als angemessen. Damit ist auch gesagt, dass wir pauschale Kürzungsanträge zu einzelnen Bundesbeschlüssen klar ablehnen, dies auch in Übereinstimmung mit unserer Finanzkommission. Es wird dies die Bundesbeschlüsse 6, 9, 10, 12 und 13 betreffen; wir werden in der Detailberatung darauf zurückkommen.

Für die weitere Zukunft, sprich auf die Kulturbotschaft ab 2025 hin, möchte die Kommission einen weiteren Schwerpunkt setzen bzw. eine bewusste Politik gestalten, und zwar diejenige zur Pflege unseres Kulturerbes in der Schweiz. Mittels der Kommissionsmotion 20.3930, welche dann in der Wintersession behandelt wird,



möchten wir den Bundesrat beauftragen, dem Parlament ein Konzept zur Bewahrung und aktiven Pflege des Kulturerbes, des "patrimoine culturel", der Schweiz vorzulegen, denn bisher wird aus unserer Sicht dieses Kulturerbe nur zu punktuell bzw. pro Sektor benannt, gestaltet und unterstützt. Mehr und mehr wird es notwendig, das Gefühl von Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit auf der Basis des gemeinsamen Kulturerbes zu stärken; dies angesichts von Entwicklungen wie der Internationalisierung, neuen weltpolitischen Polarisierungen, der Immigration, Integration, Multikulturalität, Digitalisierung usw. Angesichts solcher Entwicklungen bedürfen Individuen und die Gesellschaft einer verstärkten Orientierung an kulturellen und geschichtlichen Werten und Traditionen.

Ein Bereich hat uns in der Kommission noch besonders interessiert: die Kreativwirtschaft. Wir haben nach deren Bedeutung und dem entsprechenden Austausch mit der EU gefragt. Dass die Kreativwirtschaft in der Kulturbotschaft relativ wenig Platz erhält, ist insofern nachvollziehbar, als es in der Kulturbotschaft um die Zuteilung der staatlichen Mittel geht. Die Kreativwirtschaft hingegen umfasst definitionsgemäss in erster Linie diejenigen Kultur- und Kreativunternehmen, welche überwiegend erwerbswirtschaftlich orientiert sind und sich mit der Schaffung, Produktion, Verteilung und medialen Verbreitung von kulturellen und kreativen Gütern und Dienstleistungen befassen. Entsprechend bilden sie eine kreative

AB 2020 S 855 / BO 2020 E 855

Branche, welche von kulturellem Geist und kreativen Leistungen durchzogen ist, aber ein eigentlicher Wirtschaftszweig ist, und zwar ein zunehmend bedeutender. Wir haben uns informieren lassen, dass in den letzten Jahren im Durchschnitt jährlich mehr als 500 000 Personen in der Kreativwirtschaft beschäftigt sind; das sind rund 10 Prozent aller Erwerbstätigen. Diese Zahl umfasst ungefähr je zur Hälfte einerseits die direkt in verschiedenen Kultur- und Kreativindustrien Beschäftigten und andererseits die in anderen Wirtschaftsbereichen kreativ Tätigen.

Entsprechend wichtig war es der Kommission auch, dass die Schweiz den Anschluss an die europäische Kultur- und Kreativwelt nicht verpasst. Die EU kennt das Programm "Kreatives Europa", dem wir derzeit nicht angeschlossen sind. Es ist eine Erwägung wert, dem Bundesrat hier ein Verhandlungsmandat zu geben und generell unser Auge verstärkt auf diese kreative Schweiz zu werfen.

Ich komme zurück zu den staatlichen Beiträgen im Bereich Kultur, über welche wir heute befinden. Es gilt daran zu erinnern, dass nur ein Teil davon Bundesbeiträge sind; es gibt das wesentliche Engagement der Kantone, Städte und Gemeinden und neben dem staatlichen Engagement auch das private. Als Erstes möchte ich in Erinnerung rufen, dass von den rund 3 Milliarden Franken jährlicher staatlicher Kulturförderung rund die Hälfte von den Gemeinden und Städten und rund 39 Prozent von Kantonen getragen werden. Entsprechend wichtig erscheint uns der schon bestehende Kulturdiallog mit den Kantonen und Gemeinden.

Zweitens erwähne ich den wichtigen Kulturbeitrag der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft im Rahmen des Service public sowie die Finanzmittel aus den Lotterien und schliesslich das grosse private Engagement von Unternehmen, Stiftungen und Einzelpersonen mit Hunderten von Millionen Franken. Dieses Privatengagement ist aber nicht nur monetärer Art. Wie im sozialen oder im Sportbereich finden wir auch in der Kultur ein gewaltiges Mitwirken auf freiwilliger Basis, sowohl im Laienbereich als auch in strategischen Gremien oder als freiwillige Tätigkeit im Umfeld von professionellen Kulturanbietern. Dieses freiwillige Engagement verdient Anerkennung und Dank.

Mit diesen Worten beantrage ich Ihnen namens der Kommission Eintreten. Schon hier kann ich sagen, dass die Kommission Ihnen beantragt, allen Änderungen in den fünf Bundesgesetzen gemäss Antrag des Bundesrates und dann ebenfalls den Bundesbeschlüssen mit den Anpassungen der Kommission zuzustimmen.

Berset Alain, conseiller fédéral: Ce message culture sur lequel vous vous penchez ce matin est en fait le message qui définit le cadre général, la stratégie suivie en matière d'activités culturelles de la Confédération. Cela concerne non seulement les activités de l'Office fédéral de la culture, bien sûr, mais également les activités du Musée national suisse et de Pro Helvetia.

Ce message mise sur la continuité. Cela peut paraître un peu paradoxal de parler de continuité en plein milieu de la crise que nous traversons maintenant. Ce n'est pourtant qu'un paradoxe apparent parce que cette continuité concerne avant tout la poursuite et le renforcement des axes définis dans le message culture 2016–2020, qui sont actuellement en vigueur et qui posent le cadre actuel de la politique culturelle de la Confédération. Ces axes sont le renforcement de la participation culturelle, de la cohésion sociale et du soutien à la création et à l'innovation. En outre, il y a bien sûr, dans le message actuel, un accent particulier qui est mis aussi sur la transformation numérique.

Le cadre financier général est de 934,5 millions de francs pour la période 2021–2024. Cela correspond à une



croissance annuelle de 2,6 pour cent par an, y compris le renchérissement. Cela représente au total, pour les quatre années, des ressources supplémentaires d'environ 35 millions de francs. Ce cadre budgétaire et cette budgétisation des moyens qui est stricte, nous a obligés en réalité à hiérarchiser les mesures. Donc, nous vous proposons d'utiliser les moyens supplémentaires pour renforcer les mesures dans quelques domaines précis – des domaines sur lesquels le Parlement s'était exprimé il y a quelques années –, avec de nouveaux domaines qui ont été intégrés.

Je vous donne quelques exemples. Tout d'abord, le programme "Jeunesse et musique", qui a été lancé dans le dernier message et qui est un succès – je crois qu'il faut être très clair à ce sujet; les cours et les camps de musique organisés sont un grand succès: plus de 46 000 jeunes y ont déjà pris part au cours des dernières années. Nous devons donc répondre à la demande. Les moyens mis à disposition dans ce domaine seront augmentés d'un peu plus de 8 millions de francs.

Un autre domaine, sur lequel le Parlement avait aussi beaucoup insisté en appelant à un engagement renforcé de la part de la Confédération, concerne les échanges scolaires entre les régions linguistiques. Là, nous vous proposons d'augmenter de 10 millions de francs le soutien alloué à ces programmes.

Le troisième élément que j'aimerais mentionner concerne le Musée national suisse. Comme vous le savez, suite aux décisions du Parlement, nous avons fait un investissement important au Musée national suisse en finançant un agrandissement et une rénovation consistant en une extension du bâtiment. Il faut maintenant une enveloppe supplémentaire, évidemment, pour permettre au musée de développer son offre d'expositions. Il y a des surfaces nouvelles d'exposition, consacrées en particulier à l'histoire suisse, qui sont importantes. On comprend bien que, dès le moment où on a agrandi ce bâtiment – et je vous recommande la visite à Zurich, cela vaut vraiment la peine, c'est à côté de la gare, ce n'est pas très compliqué à trouver –, il faut aussi des moyens financiers supplémentaires pour en garantir le fonctionnement – ce qui avait été prévu déjà au moment de lancer les travaux d'agrandissement, mais qui est maintenant inscrit dans le message qui vous est soumis. J'ajoute encore quelques mots au sujet de Pro Helvetia, à laquelle il est prévu d'accorder des moyens supplémentaires, à savoir 5,6 millions de francs, pour renforcer et encore développer ses activités de promotion et de diffusion en Suisse et à l'étranger, et ce en particulier autour du programme "Culture et économie", qui a été lancé il y a cinq ans et qui est axé sur le soutien au design et aux médias interactifs.

Tels sont les axes fondamentaux qui montrent ce que nous souhaitons faire sur le plan de la continuité des efforts en faveur de la culture et également les explications relatives à la priorisation des moyens et aux grands domaines pour lesquels plus de moyens sont prévus.

Ce message et ces projets ont bien sûr été soumis à consultation. Cette dernière a montré un très fort soutien aux axes stratégiques et aux priorités fixées dans le message. Pour ce qui concerne les ressources, leur augmentation a été saluée. Pour quelques-uns des participants, cette hausse est suffisante. Pour une très grande majorité d'entre eux, elle est insuffisante. Il faut bien comprendre que nous devons fixer des priorités. Le projet de loi sur le cinéma a reçu un accueil plus mitigé dans la consultation. Nous souhaitons imposer de nouvelles obligations aux fournisseurs de films en ligne en leur appliquant concrètement les mêmes règles que ce qui vaut aujourd'hui pour les chaînes de télévision. Il s'agit en fait d'avoir une neutralité technologique de la législation et en même temps des conditions de travail qui soient identiques pour tous les fournisseurs, qu'ils soient en ligne ou traditionnels. Ces questions ont été nettement plus controversées au cours de la consultation. C'est la raison pour laquelle nous avons beaucoup adapté le message, puisque nous avons adapté le projet sur quatre points importants.

Mais, surtout, il est prévu de ne pas examiner le projet 2 dans les deux conseils durant la même session. Il faut un peu plus de temps pour le faire et, donc, cette loi est sortie du projet que vous examinez aujourd'hui et sera traitée après la session d'automne dans votre commission. Je n'ai donc pas besoin de m'attarder plus longtemps sur ce point qui n'est pas en discussion aujourd'hui dans votre conseil.

Si vous le permettez, je dirai encore quelques mots en rapport avec la crise du coronavirus et de son impact sur la situation actuelle dans le domaine de la culture. Je crois qu'on doit être bien au clair à ce sujet: la culture est probablement l'un

AB 2020 S 856 / BO 2020 E 856

des domaines le plus fortement touchés par cette crise. C'est aussi probablement l'un des domaines et même peut-être le domaine où les effets se feront sentir le plus longtemps. Cela a commencé avec l'interdiction des grandes manifestations fin février déjà, ce qui a constitué un changement fondamental, très important, pour les organisateurs, et nous nous attendons à ce que cela se poursuive. C'est la raison pour laquelle nous avons évidemment mis en place immédiatement, dès le 20 mars dernier, des soutiens et des aides, comme d'ailleurs pour d'autres domaines.



Les mesures ont été prolongées de quatre mois le 13 mai et il est proposé de reconduire ces possibilités de soutien jusqu'à fin 2021 dans le cadre de la loi Covid-19, que le Parlement examine actuellement, en fonction de ce qui se passera en réalité pour les acteurs culturels. On ne sait pas encore quelle sera cette réalité, mais il faut qu'on puisse s'adapter. Et ce que je dois vous dire, c'est que les aides liées à la pandémie de coronavirus, découlant du fait que nous avons dû prendre des mesures très dures pour la Suisse et que cela concerne principalement la culture, n'ont à peu près ou même strictement rien à voir avec le cadre général du message culture, avec les moyens prévus pour le Musée national suisse, pour Pro Helvetia, pour les échanges scolaires ou pour le programme "Jeunesse et musique", qui sont des projets qui ont déjà été développés par le passé et qui continueront d'être développés, comme cela est prévu pour les années 2021–2024. Je souhaitais le dire, car c'est une discussion qui revient continuellement.

Voilà en quelques mots ce qui concerne le cadre et le contenu du projet, la consultation, le cadre financier et le lien avec la crise du coronavirus. Je vous invite, comme le propose votre commission, à entrer en matière sur les différents projets et à les adopter afin que nous puissions, de manière planifiable, claire et transparente, poursuivre le soutien à la culture à partir de début 2021 et pour toute la période 2021–2024.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition

1. Bundesgesetz über die Kulturförderung

1. Loi fédérale sur l'encouragement de la culture

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung; Art. 1 Bst. a Ziff. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, ch. I introduction; art. 1 let. a ch. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 12 Abs. 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 12 al. 4

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.030/3804)

Für Annahme der Ausgabe ... 32 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise



Art. 17, 18; Ziff. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 17, 18; ch. II

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 20.030/3805)

Für Annahme des Entwurfes ... 32 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

3. Bundesgesetz über den internationalen Kulturgütertransfer

3. Loi fédérale sur le transfert international des biens culturels

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I, II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, ch. I, II

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 20.030/3806)

Für Annahme des Entwurfes ... 33 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

4. Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbibliothek

4. Loi fédérale sur la Bibliothèque nationale suisse

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I, II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, ch. I, II

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Français Olivier (RL, VD): Je tiens à vous faire part d'une visite que j'ai faite avec deux autres membres de notre conseil à la Bibliothèque nationale dans le cadre de notre mandat à la Commission des finances. Je profite du fait qu'on parle de la Bibliothèque nationale pour vous faire un tout petit rapport sur l'état des structures de cette bibliothèque, qui est catastrophique. Quand vous allez visiter les archives, vous voyez des



étais qui tiennent des dalles, et vous constatez aussi que, sur ces dalles, il n'y a plus rien, puisque la charge utile sur celles-ci a été quasiment divisée par dix compte tenu des problèmes structurels.

Monsieur le conseiller fédéral, nous avons appris dans notre sous-commission qu'il était prévu d'entamer des travaux dans quelques années. Je ne vous cache pas que les trois membres de la sous-commission sont d'avis qu'il faut accélérer le processus. Aujourd'hui, l'on a des bâtiments qui sont vides: c'est un ouvrage vide dans un état structurel déplorable.

Je profite donc de la thématique traitée pour en parler, en espérant une réponse de votre part concernant vos intentions d'accélérer le processus sur cet objet et sur l'entretien

AB 2020 S 857 / BO 2020 E 857

qu'il nécessite. Parler de la Bibliothèque nationale et de ces monuments, c'est bien, mais au moins faut-il qu'elle soit fonctionnelle et utile pour tous et plus "cachée", comme c'est le cas actuellement. Je pense que vous connaissez l'état du bâtiment. J'aimerais donc bien avoir quelques informations sur le futur de la Bibliothèque nationale et de ce patrimoine.

Rieder Beat (M-CEB, VS): Es handelt sich um die Nationalbibliothek. Das sollte also die höchste und beste Bibliothek in unserem Land sein. Ich kann deshalb das Votum von Kollege François nur unterstützen. Was wir angetroffen haben, ist einer Nationalbibliothek nicht würdig. Ich hoffe wirklich, dass der Bundesrat uns erklärt, was er hier zu tun gedenkt, weil wir, als wir in diese Bibliothek kamen, nicht Bücher antrafen, sondern Stahlträger und sonst nichts.

Berset Alain, conseiller fédéral: C'est un sujet qui nous préoccupe beaucoup, alors qu'il ne fait pas l'objet, au sens strict, du message culture et de son financement. La question de M. le conseiller aux Etats Français me donne l'occasion de vous dire quelques mots à propos de cette situation.

Le bâtiment actuel a un certain âge. Il est d'ailleurs assez remarquable: il est symbolique de toute une période architecturale dans la ville de Berne et dans notre pays. En 2018, des vérifications ont été effectuées et elles ont abouti, ce qui a constitué une très grande surprise pour tout le monde, à des résultats montrant que des parties du bâtiment avaient des déficits majeurs – semble-t-il, je ne suis pas un expert dans le domaine – de statique, et que cela pouvait faire courir des risques imminents importants aux personnes qui y travaillent ainsi qu'à la bibliothèque et aux bâtiments en général.

Il a donc fallu tout d'abord prendre des mesures urgentes: cela ne se fait pas simplement au niveau du Département fédéral de l'intérieur. Nous ne sommes pas des spécialistes en matière de construction et de rénovation, ni de statique des bâtiments. Cela s'est donc fait en étroite collaboration, évidemment, avec le Département fédéral des finances, et en particulier avec l'Office fédéral des constructions et de la logistique. Ces mesures urgentes sont assez spectaculaires; ce n'est pas très engageant si l'on regarde ce que cela donne pour le bâtiment concerné, mais c'est ce qu'il fallait faire immédiatement pour éviter que cela ne dégénère, et pour éviter de faire courir des risques aux personnes qui travaillent là, ainsi qu'au matériel et à la bibliothèque elle-même. Tout cela a été réalisé. Il a fallu déménager une partie de la bibliothèque dans d'autres bâtiments. Il a fallu trouver en ville de Berne, de manière urgente, d'autres endroits où loger la bibliothèque. Cela a pu être réalisé de manière assez diversifiée dans la ville de Berne; des parties de la bibliothèque sont donc maintenant installées temporairement ailleurs. Evidemment, pour la suite, il s'agit de savoir comment faire pour aboutir à une situation satisfaisante le plus vite possible. Nous nous sommes évidemment posé la question.

Au regard des travaux très importants qu'il y a à réaliser, on doit se poser la question et on se l'est posée – je crois que c'est aussi le devoir de l'administration et du Conseil fédéral – de savoir ce que signifiait l'évolution absolument nécessaire en termes de statique du bâtiment par rapport à la conception que l'on peut avoir d'une bibliothèque nationale en 2020. On aurait pu se dire qu'on se contente de procéder à un rapide colmatage – si c'est possible, car je ne suis pas un spécialiste de la question – et que tout le monde retourne à la bibliothèque. On peut aussi se poser la question de savoir comment la bibliothèque doit évoluer. Il y a deux projets qui démarrent maintenant, le projet "Monbijoustrasse 74" et le projet "Bibliothèque de l'avenir" – "Bibliothek der Zukunft" – qui pose la question de ce que cela signifie pour le futur de la bibliothèque.

Donc on suit cela de très près; on essaie surtout, si on doit faire tous ces efforts, de pouvoir aboutir à une situation durable. C'est ce qu'on essaie aujourd'hui de réaliser. Cela doit être fait notamment dans le cadre des travaux de l'Office fédéral de la construction et de la logistique (OFCL), avec lequel nous travaillons et qui a la maîtrise du projet. L'expérience la plus récente qu'on a dans ce domaine concerne le Musée national suisse; c'était aussi l'OFCL qui était en charge de ce projet.

Je dirais que les choses se passent bien, le mieux possible dans la situation actuelle. On a fait face à une



situation d'urgence. Je crois pouvoir dire aujourd'hui que la situation est un peu précaire si on regarde les bâtiments, mais que, globalement, elle est stable.

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 20.030/3807)

Für Annahme des Entwurfes ... 32 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

5. Bundesgesetz über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften

5. Loi fédérale sur les langues nationales et la compréhension entre les communautés linguistiques

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I, II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, ch. I, II

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 20.030/3808)

Für Annahme des Entwurfes ... 33 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

6. Bundesbeschluss über einen Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des Bundesamtes für Kultur gestützt auf das Kulturförderungsgesetz in den Jahren 2021–2024

6. Arrêté fédéral allouant un plafond de dépenses pour les aides financières de l'Office fédéral de la culture au titre de la loi sur l'encouragement de la culture pour la période 2021–2024

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit I

(Baume-Schneider, Carobbio Guscetti, Herzog Eva, Gapany, Graf Maya, Michel)

Abs. 1

... wird ein Zahlungsrahmen von 147 100 000 Franken bewilligt.

(plus 800 000 Franken Fotostiftung, plus 1 200 000 Franken Memoriav)

AB 2020 S 858 / BO 2020 E 858

Antrag der Minderheit II

(Stark)

Abs. 1

... wird ein Zahlungsrahmen von 134 800 000 Franken bewilligt.

(minus 11 500 000 Franken)

Art. 1

Proposition de la majorité

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité I

(Baume-Schneider, Carobbio Guscetti, Herzog Eva, Gapany, Graf Maya, Michel)

Al. 1

Un plafond de dépenses de 147 100 000 francs ...

(plus 800 000 de francs Fotostiftung, plus 1 200 000 francs Memoriav)

Proposition de la minorité II

(Stark)

Al. 1

Un plafond de dépenses de 134 800 000 francs ...

(moins 11 500 000 de francs)

Baume-Schneider Elisabeth (S, JU): En préambule, et dans le sillage des propos du rapporteur de la commission, Matthias Michel, je tiens à relever la qualité du message sur l'encouragement de la culture, qui exprime une vision extrêmement claire au travers des trois axes que sont la participation culturelle, la cohésion sociale et la création et innovation. Il y a aussi des ambitions, au travers des mesures développées, et l'allocation de moyens pour atteindre lesdits objectifs.

Je peux imaginer à quel point les arbitrages ou la réallocation des moyens sont des exercices de haute voltige. Si nous reconnaissons la cohérence du message, la minorité que je représente propose néanmoins, pour les quatre années à venir et à l'instar du Conseil national, un apport financier plus élevé, de l'ordre de 1,2 millions de francs, pour Memoriav. La minorité de notre commission propose également un soutien plus important, de 800 000 francs, en faveur de la Fondation suisse pour la photographie.

Le message précise que la Confédération soutient, dans le domaine du patrimoine audiovisuel, la fondation SAPA, la Fondation suisse pour la photographie et Memoriav, qui compte 220 membres. La qualité de leurs prestations est reconnue – ce n'est pas de cela qu'on parle.

Concernant Memoriav, je me permets d'attirer votre attention sur le fait que ce centre de compétences en matière de patrimoine audiovisuel, tant analogique que numérique, emploie dix personnes, pour un équivalent de 6,3 postes. Il assume – c'est extrêmement important –, dans une perspective de collaboration institutionnelle, une mission fédératrice avec bon nombre de partenaires, soit notamment la Cinémathèque suisse à Lausanne, c'est le centre de compétences pour le film, la Phonothèque nationale suisse à Lugano, qui est le centre de compétences pour le son, et l'Institut suisse pour la conservation de la photographie à Neuchâtel, le centre de compétences photo.



Memoriav dispose d'une expertise reconnue sur le plan national et international, qui est mise à la disposition des cantons dans le cadre de nombreux projets dans le domaine de l'archivage numérique et des inventaires de collections, notamment. Il s'agit de favoriser l'accès à notre patrimoine audiovisuel et sonore autant pour un large public que pour un public de scientifiques. Il est exact que Memoriav ne verra pas ses ressources diminuer. Mais il est également exact que ses missions, elles, augmentent et que les moyens techniques pour les assumer sont exigeants, notamment au niveau informatique.

Ainsi, si 300 000 francs ne seront plus affectés à des projets communs avec la SSR – qui par ailleurs faisait partie des membres fondateurs de Memoriav – on peut relever que, ces dernières années, une partie déjà de cet argent n'était plus affectée exclusivement à des projets communs, mais était bel et bien déjà allouée à des projets ne relevant pas de la SSR concernant la vidéo ou le son.

La minorité de la commission apprécie l'admission à partir de 2021 de Bibliosuisse au nombre des réseaux soutenus par la Confédération, et la prise en considération de besoins financiers supplémentaires exprimés par la Fondation suisse pour la photographie, notamment liés à des besoins de locaux, ou d'archivage.

Ce que la minorité apprécie moins, c'est la refonte du système de répartition des ressources disponibles, avec, dans les faits, compte tenu de ses missions, une réduction de l'aide financière à Memoriav. Je me permets de mentionner deux importants projets. Le projet "Mémobase", qui fait l'objet d'un contrat de prestation avec l'Office fédéral de la culture, qui concerne l'établissement d'un inventaire du patrimoine audiovisuel, ainsi qu'un autre projet, qui concerne l'inventaire du patrimoine audiovisuel pour les cantons. Mentionner les cantons permet de préciser que, selon la direction de Memoriav, deux tiers des moyens partent dans les cantons et dans leurs institutions, c'est-à-dire dans les bibliothèques cantonales ou communales, les archives ou les musées. Ainsi, un million de documents ont été sauvés en l'espace de 25 ans. Par exemple, dans mon canton, ce sont les sons de la Constituante. Vous allez me dire qu'il ne s'agit pas d'un fondamental, mais pour nous, Jurassiennes et Jurassiens, cela l'est. Pour le Tessin, ce sont les débats du Parlement de Lugano. Pour le Valais et l'Argovie, il y a un projet en cours concernant l'établissement des inventaires audiovisuels.

Je reviens à "Mémobase", qui nécessite des adaptations pour mener à bien sa mission, tant du point de vue qualitatif que du point de vue quantitatif. Ce projet ambitieux est mené avec la bibliothèque universitaire de Bâle. Il permet le développement d'un portail d'accès numérique qui doit être performant en matière de gestion et de développement, mais également flexible, agile dans son fonctionnement, et qui, grâce à des structures d'exploitation optimisées, pourra s'imposer comme une interface dans la promotion du patrimoine audiovisuel en Suisse, mais également à l'étranger.

En conclusion, s'il est cohérent de mettre l'accent sur la numérisation de la société, sur un changement de paradigme, il est également important, en parallèle, de préserver le patrimoine numérique, afin de mieux en saisir l'évolution et de l'étudier.

Je vous invite donc à suivre la proposition de minorité, et à augmenter de 1,2 million de francs les moyens mis à disposition de Memoriav.

Concernant la Fondation suisse pour la photographie, je relève volontiers le fait que lors des auditions, dans le cadre de notre commission, la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique a notamment relevé toute l'importance de développer une politique claire de la mémoire, et par conséquent l'importance d'une augmentation des crédits en faveur du patrimoine. Cela s'inscrit également dans le sillage de la motion dont a parlé mon collègue Michel.

La photographie suisse du XXe siècle constitue en fait le point fort de cette collection. La Fotostiftung gère également les archives ou successions de photographes de renom, et des fonds photographiques importants de la Confédération. A travers ses expositions, la fondation présente régulièrement des positions photographiques historiques, mais également actuelles. Elle gère une bibliothèque publique qui compte plus de 20 000 ouvrages sur la photographie et intervient dans la filière d'études Histoire et théorie de la photographie, qui a été créée à l'Université de Zurich.

On le voit, tant pour Memoriav que pour la Fotostiftung, les collaborations avec les hautes écoles et les universités offrent tout un capital d'innovation.

Tout comme Memoriav, la Fotostiftung est un véritable réseau, qui oeuvre à la conservation du patrimoine photographique de notre pays à l'instar, par exemple, de la Cinémathèque suisse pour le cinéma ou des Archives littéraires suisses pour la littérature. Des moyens supplémentaires sont indispensables pour traiter les stocks existants, si j'ose le dire ainsi, et organiser une numérisation complète. Il serait

AB 2020 S 859 / BO 2020 E 859

regrettable de perdre toute une mémoire visuelle de la Suisse et de ses régions. A côté de ses missions de protection, il est également fort probable que la fondation aura donc à assumer des coûts de location plus



élevés, liés à un nécessaire agrandissement de ses locaux.

Je vais encore vous préciser qu'il n'y a pas de regroupement entre les activités de la Fotostiftung et celles de Memoriav, mais bien une judicieuse complémentarité, la première étant plutôt spécialisée dans la photographie d'auteur, tandis que Memoriav s'intéresse à la photographie documentaire plutôt régionale, aux photos du patrimoine bâti, par exemple. Toutes deux collaborent et leurs réseaux sont complémentaires.

Je vous invite également à suivre ma minorité I et à octroyer 800 000 francs supplémentaires à la Fotostiftung. Si je peux me permettre, Monsieur le président, conformément à l'article 78 du règlement, je vous proposerai de faire un vote séparé pour les deux montants, étant donné que la proposition concernant la fondation Memoriav est issue du Conseil national, et que l'autre est une proposition de la minorité de la commission. Elles figurent sous la même proposition de minorité, mais, d'entente avec les représentants de cette minorité, nous souhaitons proposer un vote différencié.

J'en profite encore pour remercier l'Office fédéral de la culture, sa directrice Isabelle Chassot et son équipe, et naturellement le conseiller fédéral en charge du département qui donne tellement de sens à la culture dans notre pays.

Stark Jakob (V, TG): Ich stelle fünf Minderheitsanträge auf Kürzungen in dieser Kulturbotschaft, und zwar immer nur auf Kürzung des realen Wachstums. Ich bin mir bewusst, dass ich ein Spielverderber bin. Es ist irgendwie eine undankbare Rolle. In den ganzen Beratungen ging es immer nur um Anträge für Mehrausgaben. Ich muss Ihnen sagen, dass mich das in der jetzigen Zeit eigentlich erstaunt. Ich bin überzeugt, dass unser Rat auch bei Verpflichtungskrediten die ausserordentliche Lage aufgrund von Corona-Einschränkungen bedenken sollte. Kann es wirklich sein, dass wir in der gleichen Session ein Covid-19-Notgesetz beschliessen, mit 80 bis 100 Millionen Franken an zusätzlichen Ausgaben zur Unterstützung der Kulturunternehmen, und gleichzeitig den Kulturzahlungsrahmen für die nächsten fünf Jahre einfach beschliessen, als wäre nichts passiert, ja noch aufstocken?

Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich unterstütze die Covid-19-Massnahmen im Kulturbereich, und ich unterstütze auch die Kulturbotschaft. Es geht mir darum, ein kleines Zeichen zu setzen, dass jetzt die Sicherung unserer Kulturwerke im Vordergrund steht und nicht deren Ausbau. Deshalb schlage ich vor, dass verschiedene Weiterentwicklungen zeitlich verschoben werden, indem der Zahlungsrahmen um die geplante reale Mittelaufstockung, das sind 34,7 Millionen Franken, gekürzt wird. Betroffen sind fünf Bereiche, darunter auch solche, welche mir persönlich nahestehen. Doch es geht hier meines Erachtens nicht um Partikularinteressen, sondern um das Ganze.

Mit der Unterstützung meiner Minderheitsanträge setzen Sie ein kleines, aber wichtiges Zeichen, dass die Covid-19-Krise von allen ein Opfer verlangt, dass verschiedene Weiterentwicklungen jetzt etwas warten müssen und es jetzt vor allem darum geht, den Bestand zu sichern.

Zudem möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass die Inflationsentwicklung aufgrund der Covid-19-Krise den finanzpolitischen Spielraum sowieso vergrössert. Der Bundesrat hat die Teuerungsentwicklung, die dem Verpflichtungskredit zugrunde liegt, in den Beschlüssen, die er am 26. Februar gefasst hat, sauber aufgelistet. Sie finden die Inflationsannahmen in jedem einzelnen Beschluss. Dabei hat er in seinem Beschluss vom 26. Februar gegenüber der Vernehmlassungsvorlage bereits ein erstes Mal die Teuerung nach unten angepasst. Hätte der Bundesrat seine Botschaft erst im Juni verabschiedet, so wäre die Anpassung wesentlich grösser ausgefallen. Dass dies jetzt nicht mehr gemacht wird, ist meiner Ansicht nach aus praktischen Gründen verständlich. Dies bedeutet jedoch, dass die Teuerungsannahmen, wie sie jetzt ausgewiesen werden, um jährlich zwischen 0,4 und 0,5 Prozentpunkten zu hoch sind. In Zahlen bedeutet dies, dass der Verpflichtungskredit insgesamt einen zusätzlichen Spielraum von 14 bis 18 Millionen Franken aufweist. Oder mit anderen Worten, und ich weise Sie darauf hin: Meine Kürzungsanträge können dank dieser höheren Reserven zur Hälfte bereits aufgefangen werden.

Ich bitte Sie also, ein Zeichen zu setzen, dass es jetzt um den Bestand geht, und meinen Minderheitsanträgen zuzustimmen.

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Zuerst zum Antrag der Minderheit I, welcher verlangt, die Mittel für Memoriav und die Fotostiftung, also für das audiovisuelle Kulturerbe, zu erhöhen, und zwar um 1,2 Millionen Franken bei Memoriav und um 0,8 Millionen bei der Fotostiftung.

Der Nationalrat hat ja der Erhöhung der Mittel für eine dieser Institutionen, Memoriav, zugestimmt. In der nationalrätlichen WBK lagen diese Anträge auch vor: Einmal bei Memoriav, wurde knapp zugestimmt, einmal, bei der Fotostiftung, wurde knapp abgelehnt. In unserer Kommission war es zuerst gerade umgekehrt zugunsten der Fotostiftung; also ja, weil der Finanzbedarf ausgewiesen ist, und bei Memoriav nein. Es gab dann eine



kleine Änderung in Abwesenheit von zwei Mitgliedern. Angesichts der nationalrätlichen Ergebnisse hat dann unsere Kommission mit knapper Mehrheit entschieden, bei der Fassung des Bundesrates zu bleiben. Damit sehen Sie vielleicht auch, dass es in diesem Bereich des Kulturerbes eine gewisse Unsicherheit gibt. Das ist vielleicht gerade wiederum ein Grund, sich diesem Kulturerbe konzeptionell zu nähern, wie ich das einleitend zur Motion gesagt habe.

Unsere Mehrheit folgt dem Bundesrat in der Argumentation, dass bei Memoriv ein Teil des Bundesauftrages weggefallen ist, damit Mittel freierwerden, die mindestens zu einem Teil den Finanzbedarf bei der Fotostiftung auffangen können, wenn auch nicht das gesamte Volumen. Deshalb ist die knappe, wie gesagt etwas schwankende Mehrheit für die bundesrätliche Fassung.

Zum Antrag der Minderheit II (Stark): Es ist ein Konzeptantrag, und ich spreche hier nur einmal, weil er dann auch die Bundesbeschlüsse 10, 12 und 13 betrifft. Unsere Kommission, wie auch unsere Finanzkommission, lehnt diese Anträge klar ab.

Erstens unterstützen wir, wie schon beim Eintreten erwähnt, die strategische Ausrichtung und damit auch die Schwerpunktbildung der Kulturbotschaft. Zum einen soll beispielsweise der Bereich "Jugend und Musik" entsprechend dem Volkswillen ausgebaut werden, zum anderen soll die bisherige Kulturpolitik kontinuierlich weitergeführt werden. In der Kombination ergibt das dann eine moderate reale Erhöhung, die wir angemessen finden.

Zweitens, und das haben wir andernorts auch schon deponiert, wollen und sollen wir jetzt nicht punktuell bei einzelnen Vorlagen präventiv Covid-19-bedingte Kürzungen im Hinblick auf den künftigen Finanzhaushalt vornehmen. Wir wissen, dass auch die heutigen Ausgaben zum grossen Teil den Regeln der Schuldenbremse unterliegen. Wir wollen an diesem Punkt keine punktuelle Präventionsmassnahme. Es ist eben so, Herr Kollege Stark, dass das kein Widerspruch ist. Wir haben eine ordentliche Situation, wir planen jetzt eigentlich ein ordentliches Kulturbudget, und wir haben die ausserordentliche Covid-19-Situation. Wir vermischen beides jetzt nicht, wie auch andernorts nicht.

Drittens wird der Zahlungsrahmen, der eben ein Rahmen ist, nicht nur jährlich der Teuerung angepasst, sondern es können auch sonst allfällige Unwägbarkeiten dann im Rahmen der Budgetberatung aufgefangen werden. Somit bleiben wir und auch der Bundesrat flexibel.

Wir bitten Sie, diese Kürzungsanträge auch bei den anderen Beschlüssen abzulehnen.

Wenn ich schon am Sprechen bin, hier noch ein kleiner Hinweis – er ist nicht mit einem Antrag verbunden, aber mit einem Gedanken. Wir haben ja vorhin im Kulturförderungsgesetz Artikel 17 beschlossen. Er wurde dahingehend präzisiert, dass der Bund Massnahmen trifft, um die Kultur der Jenischen und der Sinti zu fördern. Im Nationalrat gab es dazu noch eine Debatte. Es gab eine Minderheit, die mehr zusätzliche Mittel für die Standplätze dieser Bevölkerungsgruppen forderte; diese ist dann aber unterlegen. Wir haben in

AB 2020 S 860 / BO 2020 E 860

unserer Kommission keinen solchen Erhöhungsantrag diskutiert. Wir zeigten uns aber interessiert über den Stand und den Verlauf der Suche nach bzw. der Bereitstellung von Standplätzen in den Kantonen. Wir haben uns vom Bundesamt für Kultur, dies zuhanden des Amtlichen Bulletins, versprechen lassen, dass es uns in der Kommission etwa in einem Jahr wieder über den Stand der Dinge in Sachen Standplätze für Fahrende, Sinti und Jenische, informiert. Dies ist ein Hinweis und eine Information.

Aber wie gesagt, zu den Anträgen habe ich mich geäussert: Ablehnung der Kürzungsanträge, und bei der Minderheit I (Baume-Schneider) bleiben wir bei der Version des Bundesrates.

Häberli-Koller Brigitte (M-CEB, TG): Wie der Kommissionssprecher bitte ich Sie ebenfalls, hier der Mehrheit zu folgen, die ja vorher einmal eine Minderheit war. Zum Eintreten konnte ich leider noch nicht sprechen, deshalb auch zwei, drei allgemeine Bemerkungen.

Es handelt sich um einen Zahlungsrahmen, wir sind in einer weiteren Botschaft. Es ist die dritte, die über mehrere Jahre jetzt beschlossen wird. Wir sprechen hier wie gesagt für die nächsten vier Jahre Beiträge. Sie wissen alle, dass wir aber jedes Jahr mit dem Voranschlag Entscheide fällen können, auch im Wissen, wie dann die Situation allgemein ist und die finanzpolitische Lage im Speziellen.

Ich möchte Sie bitten, hier auch in den kommenden Beschlüssen den Rahmen nicht zu sprengen und Ihre Entscheide mit Augenmass zu fällen. Ich glaube, der Bundesrat hat uns insgesamt eine gute, eine umsetzbare und eine beständige Botschaft mit den verschiedenen Bundesbeschlüssen übermittelt, die wir dann eben auch für die nächsten Jahre so bestätigen können. Es gibt nämlich nichts Unangenehmeres als Unsicherheit. Ich denke vor allem an die betroffenen Institutionen, die dann damit rechnen müssen, dass wir in den kommenden Jahren wieder mit entsprechenden Kürzungen aufwarten, wenn wir jetzt zu viel sprechen. Ihre Arbeit müssen



sie dann unter schwierigen Umständen ausführen.

Jetzt noch konkret zu dieser Mehrheit: Im Bundesbeschluss über einen Zahlungsrahmen für Finanzhilfen des Bundesamtes für Kultur in der kommenden Periode, über den wir jetzt zu beraten haben, sind im Entwurf des Bundesrates für die Fotostiftung schon mehr Mittel eingeplant, gegenüber heute jährlich 200 000 Franken mehr. Diese sprechen Sie also auch mit der Mehrheit. Diese Mehrmittel dienen zur Deckung des Bedarfs für die Fotostiftung im Bereich der Infrastruktur. Es handelt sich hier insbesondere um eine Erweiterung der Raumkapazitäten, um auch in Zukunft analoge und digitale Fotoarchive von nationaler Bedeutung aufnehmen zu können.

Es mussten in diesem Sinn Prioritäten gesetzt werden. Dies wurde auch gemacht und das Resultat mit der Kulturbotschaft jetzt vorgelegt; die Fotostiftung wurde also berücksichtigt. Die Frage der Platzbedürfnisse stand dabei ganz im Vordergrund, und eine Lösung mit dem Fotomuseum und der Stadt Winterthur scheint möglich zu sein, wofür die Mehrmittel auch gebraucht werden. Wie gesagt hat man hier bereits auf die Situation Rücksicht genommen und die Zeichen erkannt.

Ich bitte Sie deshalb, hier der Mehrheit und damit dem Bundesrat zu folgen.

Juillard Charles (M-CEB, JU): Je suis plutôt enclin à suivre la minorité I (Baume-Schneider) en ce qui concerne Memoriav et l'augmentation souhaitée. Selon un vieux réflexe d'ancien responsable des finances, je me pose néanmoins la question suivante: on met de l'argent à disposition, mais est-on sûr qu'on pourra vraiment faire davantage? Il s'agit de donner des signaux, alors qu'on est dans une période où il faudra compter chaque sou – ce que nous faisons d'ailleurs régulièrement. Le montant alloué aujourd'hui n'est-il vraiment pas suffisant pour accomplir les tâches? Cela ne sert à rien d'immobiliser de l'argent supplémentaire dans un secteur d'activité si, aujourd'hui déjà, on sait qu'on ne l'utilisera pas, ou s'il y a de fortes chances qu'on ne l'utilisera pas. A propos des exemples cités par ma collègue Elisabeth Baume-Schneider, il faudrait peut-être des précisions concernant le projet valaisan: si on en croit les collègues valaisans, il semblerait que ce projet soit déjà réalisé. A-t-on véritablement besoin de cette augmentation? Le cas échéant, je suis sincèrement prêt à la soutenir.

Baume-Schneider Elisabeth (S, JU): Je réponds volontiers à mon collègue Charles Juillard. Cela me donne l'impression de me retrouver huit ans en arrière, au Conseil d'Etat jurassien, dans une discussion entre le ministre des finances et la responsable de la culture – c'est de bonne guerre!

Je ne me permettrai pas d'infirmer ce qu'ont pu dire nos collègues valaisans à M. Juillard. Par contre, tant la directrice que la présidente de Memoriav, Mme Christine Egerszegi-Obrist, m'ont indiqué quels étaient les projets à réaliser et, effectivement, les inventaires audiovisuels sont mentionnés comme projets pilotes en Argovie et en Valais, dans le but d'obtenir l'existence du patrimoine audiovisuel et l'état de ce patrimoine dans les cantons en question, d'établir une cartographie audiovisuelle de la Suisse. Mais j'ignore si c'est déjà fait. Ces informations m'ont été transmises hier soir et je ne souhaiterais infirmer ni ce qu'ont dit nos collègues valaisans à M. Juillard, ni les propos de la présidente de Memoriav, mais je préfère laisser M. le conseiller fédéral Berset donner des précisions. Par contre, l'argent pourra être assurément dépensé pour les différents projets en cours dans d'autres cantons. C'est une certitude selon les informations qui m'ont été transmises.

Berset Alain, conseiller fédéral: M. Juillard, j'aurais tendance à vous répondre que, lorsqu'il y a plus d'argent, il va de toute façon être dépensé. Mais, même là, en fait, cela ne fonctionne pas; je vais vous expliquer pourquoi. Je vais vous expliquer pourquoi nous proposons maintenant ces montants, qui sont effectivement de 1,2 million de francs inférieurs à ce que propose la minorité I (Baume-Schneider), pour l'ensemble de la période.

Dans les faits, nous avons aujourd'hui Memoriav qui fonctionne, de notre avis, correctement. Nous avons une modification dans la loi fédérale sur la radio et la télévision; la modification de cette loi a pour conséquence que la SSR est désormais chargée de la conservation de ses propres programmes, ce n'est donc plus la tâche de Memoriav. Les coûts occasionnés par la conservation par la SSR de ses propres programmes sont dorénavant couverts par la redevance. Cela a donc comme conséquence, toutes choses restant égales par ailleurs, un allègement de charges pour Memoriav de 300 000 francs par année, ce qui correspond, pour la période, à 1,2 million de francs.

Il faut dire que, depuis 2019 déjà, la SSR ne bénéficie plus du soutien de Memoriav. Les moyens ont cependant été laissés – pour 2019 et 2020 – à Memoriav jusqu'à aujourd'hui, moment où la correction est faite par le biais de ce message.

Pour répondre à votre question, nous avons constaté qu'il n'y a pas de raison de modifier la contribution de financement de Memoriav dès 2021, comme le propose la minorité. On en veut pour preuve que si l'on prend par exemple l'année 2019 – on connaît les chiffres –, Memoriav n'a pas utilisé l'intégralité des aides financières qui lui étaient octroyées, alors que le changement était prévisible. Donc il nous semble quand même que, dans



le fond, ce que nous proposons, est acceptable pour Memoriam – il est bien clair que l'on peut toujours souhaiter plus – en tenant compte de ce changement.

Je profite de l'occasion pour également m'exprimer au sujet de la Fondation suisse pour la photographie – Fotostiftung Schweiz. Au nom de la minorité de la commission, vous avez rappelé des éléments importants, à savoir qu'il y a aujourd'hui des besoins supplémentaires pour faire face à la situation de cette fondation. Nous en avons tenu compte dans le message. Vous l'avez rappelé, il y a effectivement 200 000 francs de plus par année pour cette fondation, soit 800 000 francs de plus pour la période, par rapport à la situation actuelle. De facto, cela correspond déjà à une augmentation de 15 pour cent de la contribution de la Confédération à cette fondation. Avec, encore une fois, 800 000 francs de plus, on arriverait à

AB 2020 S 861 / BO 2020 E 861

une augmentation de 30 pour cent, ce qui nous paraît important.

Evidemment, il est compréhensible, également ici, que la fondation souhaite obtenir des ressources supplémentaires, notamment pour le travail de médiation. Cela dit, le Conseil fédéral a estimé que la marge de manœuvre financière est épuisée sur ces questions et qu'avec cette augmentation de 15 pour cent, soit de 200 000 francs, on arrive déjà à tenir compte de manière raisonnable des besoins supplémentaires de la Fondation suisse pour la photographie.

Si vous me permettez, Monsieur le président, je dirai maintenant quelques mots sur la minorité II (Stark). Selon l'argumentation il ne faut prévoir aucune augmentation réelle des moyens alloués dans le cadre du message culture. Cela dit, on a pu constater en vérifiant les conséquences de la proposition que, en réalité, elle n'atteint pas vraiment ce but. Je vous donne quelques exemples. Le plafond financier concernant la loi sur l'encouragement de la culture prévoit des ressources supplémentaires de 10,8 millions de francs, et la minorité II propose de couper 11,5 millions de francs, donc plus que l'augmentation totale prévue pour la période. Cela signifie que l'on devrait se retrouver, si cette proposition était acceptée, en deçà de ce qui prévaut depuis 2016. Nous avons un autre exemple, dans le sens inverse: le message culture prévoit 10 millions de francs supplémentaires pour les échanges scolaires, et la minorité II propose de réduire ce montant de 7,5 millions de francs. Donc là, il y aurait quand même une augmentation de 2,5 millions. Il y a toute une série d'autres anomalies dans cette proposition.

Mais sur le fond, il reste quand même que le Parlement, en 2015, pour le message 2016–2020, a souhaité mettre l'accent sur le développement de nouveaux programmes, parmi lesquels – c'est l'un des plus importants – le programme "Jeunesse et musique". Ce programme ne tombe pas du ciel, il est la conséquence directe d'une initiative populaire qui a été retirée en faveur d'un contre-projet pour la musique. Il y a donc eu à l'époque des engagements politiques qui ont été pris envers les initiants et les initiantes, à savoir celui de mettre sur pied une alternative, un contre-projet, et c'est le programme "Jeunesse et musique" que le Parlement a proposé de financer pour la période 2016–2020. En conséquence, 46 000 jeunes en Suisse ont participé à des camps. C'est un soutien vraiment bienvenu pour le grand nombre de sociétés de musique, de fanfares ou pour d'autres institutions offrant aux jeunes des villages un accès à la musique.

On connaît bien avec "Jeunesse et Sport", ce soutien à des bénévoles, à des gens très engagés qui, au moins, ont accès à quelques moyens pour organiser des camps. Eh bien, là, cela se fait désormais dans le domaine de la musique et, vu le développement observé, nous avons besoin de moyens supplémentaires pour ne pas briser les ailes de ce programme. Si on enlevait ces moyens supplémentaires, on devrait les plafonner au niveau actuel et, surtout, on ne pourrait pas tenir compte d'un deuxième engagement qui avait été pris et qui était celui consistant à améliorer le soutien à la musique sur le plan régional et local avec, notamment, un programme de promotion des talents musicaux.

L'autre exemple que je peux vous citer, c'est évidemment celui des échanges scolaires entre différentes régions linguistiques. J'aimerais vous rappeler qu'il y a eu, au cours de la législature précédente, des propositions du Parlement qui semblaient bénéficier de pas mal de soutien et qui demandaient non pas 10, mais 50 millions de francs de plus. Il a même été parfois question de 50 millions de francs par année – là, nous avons quand même dû rappeler que c'est avant tout le rôle des cantons d'agir dans ce domaine, que la Confédération apporte une aide mais qu'on ne peut pas lui demander de tout faire. Nous proposons donc 10 millions de francs supplémentaires. Si on devait renoncer à ces 10 millions de francs – la minorité II va dans ce sens –, on ne pourrait plus soutenir davantage les cantons dans ce domaine.

En ce qui concerne l'adaptation au renchérissement et à l'inflation, il a été dit au cours du débat que cela a été réalisé encore en février, mais plus ensuite. Je vous rappelle que vous parlez ici de plafonds de dépenses, à savoir du maximum de ce qui peut être dépensé en tenant compte de ce que nous savons aujourd'hui de la situation économique. Les chiffres sont continuellement adaptés – ils l'ont été d'ailleurs au cours de la précé-



dente législature, où l'on a tenu compte du renchérissement et de l'inflation. Tous les messages qui vous sont présentés actuellement se basent sur les mêmes prévisions d'inflation, et on sait que pour tous les messages il est question de plafonds qui seront corrigés. On ne peut imaginer que pour une question d'opportunité on prévoie une inflation, pour les prochaines années, qui ne soit pas la même dans les crédits-cadres prévus pour la formation, la recherche et l'innovation et dans d'autres crédits-cadres prévus pour l'armée, la culture ou l'aide au développement. On a évidemment un même chiffre, mais qui doit ensuite pouvoir être adapté à la réalité.

Je vais dire un dernier mot sur le coronavirus, comme je l'ai déjà fait lors du débat d'entrée en matière. Nous faisons face à une situation difficile touchant aujourd'hui toute une série de domaines, mais ce n'est pas pour autant que l'on compense les montants accordés dans le cadre de la crise du coronavirus en les retranchant de montants accordés dans un autre cadre pour le soutien à des branches. S'il fallait compenser tous les montants mis à disposition par la Confédération – et je vous rappelle quand même qu'au total on parle de dizaines de milliards de francs qui ont été dépensés pour faire face à la crise – en retranchant des montants équivalents à tous les bénéficiaires d'autres crédits, imaginez la situation dans laquelle nous nous trouverions. Et nous ne voyons pas non plus pourquoi il ne faudrait le faire que dans le domaine de la culture alors que, pour d'autres domaines, la question n'a pas été posée de cette manière-là.

Pour conclure, je vous invite – c'est en définitive très simple – à suivre la majorité de la commission, et à adhérer au projet du Conseil fédéral.

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Minderheit I ... 21 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 16 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag der Minderheit I (Fotostiftung) ... 21 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I (Memoriav) ... 17 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Dritte Abstimmung – Troisième vote

Für den Antrag der Minderheit I (Fotostiftung) ... 34 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 5 Stimmen

(1 Enthaltung)

*Übrige Bestimmungen angenommen**Les autres dispositions sont adoptées**Ausgabenbremse – Frein aux dépenses**Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 20.030/3812)

Für Annahme der Ausgabe ... 35 Stimmen

Dagegen ... 4 Stimmen

(1 Enthaltung)

*Das qualifizierte Mehr ist erreicht**La majorité qualifiée est acquise***Art. 2***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté



Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; 20.030/3813)
Für Annahme des Entwurfes ... 34 Stimmen
(Einstimmigkeit)
(4 Enthaltungen)

AB 2020 S 862 / BO 2020 E 862

7. Bundesbeschluss über einen Zahlungsrahmen im Bereich Film in den Jahren 2021–2024
7. Arrêté fédéral allouant un plafond de dépenses au domaine du cinéma pour la période 2021–2024

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, art. 1, 2
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 20.030/3814)
Für Annahme der Ausgabe ... 39 Stimmen
(Einstimmigkeit)
(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht
La majorité qualifiée est acquise

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; 20.030/3815)
Für Annahme des Entwurfes ... 38 Stimmen
(Einstimmigkeit)
(0 Enthaltungen)

8. Bundesbeschluss über einen Zahlungsrahmen im Bereich Kulturgütertransfer in den Jahren 2021–2024
8. Arrêté fédéral allouant un plafond de dépenses au domaine du transfert des biens culturels pour la période 2021–2024

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates



Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.030/3816)

Für Annahme der Ausgabe ... 38 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 20.030/3817)

Für Annahme des Entwurfes ... 37 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

9. Bundesbeschluss über einen Rahmenkredit im Bereich Baukultur in den Jahren 2021–2024

9. Arrêté fédéral allouant un crédit-cadre au domaine de la culture du bâti pour la période 2021–2024

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit

(Stark, Germann, Häberli-Koller)

Abs. 1

... wird ein Zahlungsrahmen von 120 900 000 Franken bewilligt.

(minus 3 000 000 Franken)

Art. 1

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

*Proposition de la minorité*

(Stark, Germann, Häberli-Koller)

*Al. 1*Un crédit-cadre de 120 900 000 francs ...
(moins 3 000 000 francs)

Stark Jakob (V, TG): Dieser Antrag ist im gleichen finanzpolitischen Kontext zu sehen wie die anderen Anträge. Ich stelle einfach fest, dass das realpolitische Wachstum 3 Millionen Franken ist. Der Antrag ist, diese 3 Millionen Franken zu kürzen. Er geht aber davon aus, dass die Erhöhung, die der Nationalrat und auch die Mehrheit der ständerätlichen Kommission beschlossen hat, nicht berücksichtigt wird; das ist der Wille des Nationalrates. Aber dass diese 3 Millionen Franken gekürzt werden, daran möchte ich festhalten. Ich habe es schon gesagt: Es geht wirklich darum, dass wir jetzt nicht Weiterentwicklungen finanzieren, sondern uns auf die Bestandssicherung konzentrieren. Ich bitte Sie, hier dieses Zeichen zu setzen.

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Nur ganz kurz: Hier geht es um die gleiche Begründung wie beim ersten Beschluss. Die klare Mehrheit der Kommission lehnt diesen Kürzungsantrag ab, aus den grundsätzlichen Überlegungen, die wir zu Beginn geäußert haben.

Vielleicht noch zu den 20 Millionen Franken insgesamt: Hier war die Mehrheit klar der Meinung des Nationalrates. Es braucht, und das auch nach Ansicht des Bundesrates, bei der Baukultur ein verstärktes Koordinationsengagement des Bundes und auch eine finanzielle Intensivierung. Auch die Baukultur ist Teil des schweizerischen Kulturerbes, und hier ist Handlungsbedarf gegeben.

Ich möchte einfach noch ergänzen, dass mit diesen plus 20 Millionen Franken das wichtige Engagement der Kantone im Bereich zum Beispiel der Denkmalpflege ergänzt und nicht etwa kompensiert werden soll. Die Kantone bleiben also in der Pflicht.

Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit Stark abzulehnen.

Würth Benedikt (M-CEB, SG): Ich möchte zu diesem Bundesbeschluss und auch zu diesem Mehrheitsantrag zwei, drei grundsätzliche Bemerkungen machen. Der Kommissionsberichtersteller, Kollege Michel, hat es vorhin ganz kurz

AB 2020 S 863 / BO 2020 E 863

angetönt: Wir haben ja hier in den vergangenen zwanzig Jahren eine grössere Umbruchstelle gehabt. Wir hatten im Rahmen des NFA auch die Diskussion, wie die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen sein soll. Wir hatten ursprünglich auch einmal die Idee, das Ganze zu kantonalisieren. Die Lösung war dann der politische Kompromiss, dass man eine Verbundaufgabe macht. Das heisst immer noch, dass die Kantone federführend sind und der Bund in dieser Verbundaufgabe Programmvereinbarungen mit den Kantonen abschliesst, einerseits über Finanzhilfen im Einzelfall, aber eben auch über Finanzhilfen im Sinne der eigentlichen Programmvereinbarung. Dieses Konzept hat sich eigentlich bewährt.

Wenn ich allerdings die Botschaft lese, dann fällt mir auf, dass die Grundidee dieser seinerzeitigen Aufgabenteilung zunehmend etwas infrage gestellt wird. Ich bekomme den Eindruck, dass der Bund doch stärker in eine Detailsteuerung gehen will. In der Botschaft ist die Rede von einer umfassenden Baukulturpolitik. Es ist die Rede davon, dass man sogar seitens des Bundes in baukulturellen Fragen mit Beratungsangeboten an die Gemeinden gelangen und also die Gemeinden, die dritte Ebene, unterstützen wolle. Das ist in sich fragwürdig, weil die Kantone diese baukulturelle Kompetenz haben und ich diesbezüglich keinen Bedarf sehe. Insbesondere muss ich auch kritisch anmerken, dass das eigentlich nicht die Idee der Aufgabenteilung im Bereich der Baukultur war. Ich fasse nochmals zusammen: Wir haben eine Verbundaufgabe, für welche die Kantone hauptsächlich verantwortlich sind – auch finanziell, das möchte ich betonen! – und bei welcher der Bund hier subsidiär über Finanzhilfen im Einzelfall und über Finanzhilfen im Rahmen von Programmvereinbarungen steuert.

Das Thema ist auch politisch in Kantonen und Gemeinden relativ sensibel. Ich erinnere an die ganze Diskussion, die wir hier im Parlament auch schon über die Rolle von Isos, dem Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung, geführt haben. Ich erzähle kein Geheimnis, wenn ich sage, dass diese Terminologie an der Basis gelegentlich nicht verstanden wird, wenn Ortsbilder durch Isos geschützt werden, bei denen man mit Fug und Recht behaupten kann, dass sie von lokaler oder kantonaler Bedeutung sind. Das Thema ist insofern relevant geworden, als gleichzeitig raumplanerisch und städtebaulich das Bedürfnis besteht, stärker nach innen zu verdichten. Hier öffnen sich logischerweise Zielkonflikte, die in der Praxis an der Basis immer wieder auch zu Schwierigkeiten führen.



Insofern stimme ich mit der Mehrheit, aber mit der klaren Erwartung, dass der Bund sich hier wirklich auf seine Kernaufgabe fokussiert und nicht den Fehler macht, in eine Detailsteuerung zu gehen. Man kann auch in guten Treuen diesem Mehrheitsantrag folgen, weil in dieser Kernaufgabe, die ich vorhin skizziert habe, der Bund relativ stabil geblieben ist mit dem Finanzplafond im Vergleich zu den Positionen in den letzten zehn, fünfzehn Jahren. Ich habe beispielsweise den Finanzrahmen 2009–2011 angeschaut; er ist in etwa auf dem Niveau des Betrages, der jetzt vorgeschlagen ist. Insofern ist es richtig, dass man hier etwas erhöht, weil schlussendlich hier auch anzufügen ist, dass in den letzten zehn Jahren die Bauteuerung entsprechend zugenommen hat und die Eigentümerinnen und Eigentümer von Objekten, die schützenswert sind, entsprechend auch gleichmässig weiterhin unterstützt werden müssen.

Aber nochmals: Ich möchte explizit die Erwartung zum Ausdruck bringen, dass der Bund sich auf seine Kernaufgabe in diesem Bereich fokussiert und nicht in eine Detailsteuerung ausufert. Ich bin sicher, dass der Vorsteher des EDI diesbezüglich auch einige klärende Worte an uns richten kann.

Schlussendlich wird diese Botschaft dann von der Verwaltung umgesetzt. Insofern ist die Debatte oder die Diskussion zur Frage, wie man umsetzt, wichtig und relevant. Darum möchte ich das explizit auch zuhanden der Materialien so festhalten.

Berset Alain, conseiller fédéral: Tout d'abord, je rappelle que la proposition de la majorité aussi bien que celle de la minorité de la commission se trouvent loin au-dessus de la proposition du Conseil fédéral. Je veux dire par là que la minorité qui, vu les problèmes financiers que nous avons, propose d'économiser, propose un montant de 17 millions de francs de plus que le Conseil fédéral. On a déjà vu d'autres propositions aller plutôt dans l'autre sens, s'il s'agit véritablement d'économiser. Avec 17 millions de plus, ce ne serait pas vraiment le cas, mais enfin je fais cette remarque en passant.

La majorité de la commission propose une augmentation de 20 millions de francs. On doit se rappeler ici toute la discussion qui a déjà eu lieu au Parlement à propos du soutien au patrimoine culturel bâti, le soutien aussi à court terme de l'économie régionale – c'est le titre d'une motion que vous devrez encore débattre, je crois, durant cette session. Je rappelle que cette motion charge le Conseil fédéral de débloquer 50 millions de francs de plus. Au regard de ces 50 millions, ces 20 millions paraissent presque modestes, de même qu'au regard de ce que le Conseil fédéral a montré – d'ailleurs sur la base d'une étude à ce sujet –, à savoir qu'il y aurait un besoin d'environ 100 millions de francs par an. Cela a été présenté de manière transparente dans le message: 100 millions de francs par an, la motion à pour objectif 50 millions, votre majorité propose 20 millions, le Conseil fédéral propose zéro. Il nous semble que ce qui est fait aujourd'hui, en tenant compte des priorités financières, est à la fois suffisant et possible. C'est la raison pour laquelle nous avons ici une proposition du Conseil fédéral qui nous semble vraiment tenir compte de ce dont nous avons besoin aujourd'hui et me paraît devoir être suivie.

J'en viens maintenant à la question de l'augmentation de 3 millions de francs sur ces quatre ans, pour la culture du bâti. C'est là peut-être l'occasion, parce qu'il y a eu un débat aussi au Parlement, de rappeler quelques éléments. J'aimerais rappeler un point important: on travaille dans la continuité par rapport au message précédent – je l'ai dit – et dans le message précédent, le Parlement a donné le mandat au Conseil fédéral, durant la période 2016–2020, d'établir une stratégie interdépartementale de la Confédération pour la culture du bâti. C'est un travail très intéressant, qui a été réalisé dans l'intervalle, qui remplit ce mandat, qui fixe le rôle de la Confédération comme bâtisseur, propriétaire d'objets construits, animateur, utilisateur, régulateur, financeur et aussi comme modèle – "Vorbild" –, en matière de culture du bâti. Cette stratégie a été réalisée et remplit donc le mandat qui a été donné à l'époque dans le cadre du message culture précédent.

Dans l'intervalle, nous avons 3 millions de francs sur la totalité de la période, soit environ 800 000 francs par année. Ce n'est pas un montant très élevé pour permettre de mettre véritablement en oeuvre cette stratégie au niveau de la Confédération et de garantir une certaine présence de la Confédération dans ce domaine.

Dans ce cadre-là, et cela répond peut-être à la question posée par M. le conseiller aux Etats Würth, on s'est demandé en quoi consiste cette offre de conseils pour les communes. Il faut être très clair. Cette offre a été élaborée en coopération avec l'Association des communes suisses et l'Union des villes suisses et elle doit évidemment correspondre à leurs besoins.

Il ne s'agit certainement pas pour l'Office fédéral de la culture ni pour la Confédération de se muer en donneur de conseils pour expliquer comment il faut faire. Il s'agit simplement d'accorder un certain soutien, notamment aux communes qui pourraient en avoir besoin, à des tiers, donc à des spécialistes qui travaillent déjà avec ces communes. Le but est de montrer que, pour la Confédération, il y a aussi une certaine importance à être présente sur ce sujet, pour soutenir les communes et les villes. Quand on parle de culture du bâti – "Baukultur" –, il n'y a pas, et de loin pas, que la Confédération qui ait un rôle à jouer; il y a aussi les cantons, les



communes et les villes. Donc l'Office fédéral de la culture ne devient pas, avec cela, un quelconque fournisseur de conseils aux communes. Je voulais le dire très clairement, car cela a fait l'objet d'une discussion au sein de la commission. Cela règle aussi ce point.

Ce sont donc des moyens relativement modestes qui seraient alloués, mais enfin on pourrait ainsi garantir que la stratégie interdépartementale ne soit pas qu'un bout de papier sur lequel on a travaillé longtemps – tous les départements

AB 2020 S 864 / BO 2020 E 864

fédéraux y ont travaillé –, qu'on met finalement dans un tiroir, parce qu'alors cela ne servirait à rien et ne remplirait pas non plus le mandat donné par le Parlement dans le cadre du message culture précédent. Nous vous proposons donc ces montants qui assurent une continuité. C'est la raison pour laquelle je vous propose de soutenir le projet du Conseil fédéral. S'il ne devait pas vous convenir, je vous prie alors de suivre la majorité et non la minorité sans quoi ce domaine sera biffé.

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Der Bundesrat hält an seinem Antrag fest.

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 29 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 11 Stimmen
(1 Enthaltung)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 25 Stimmen
Für den Antrag des Bundesrates ... 16 Stimmen
(0 Enthaltungen)

*Ausgabenbremse – Frein aux dépenses**Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 20.030/3820)
Für Annahme der Ausgabe ... 36 Stimmen
Dagegen ... 6 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 2*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

(namentlich – nominatif; 20.030/3821)
Für Annahme des Entwurfes ... 34 Stimmen
Dagegen ... 4 Stimmen
(2 Enthaltungen)

10. Bundesbeschluss über einen Zahlungsrahmen im Bereich Sprachen und Verständigung in den Jahren 2021–2024**10. Arrêté fédéral allouant un plafond de dépenses au domaine des langues et de la compréhension**



pour la période 2021–2024

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit I

(Carobbio Guscetti, Baume-Schneider, Graf Maya, Herzog Eva, Michel)

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit II

(Gapany, Baume-Schneider, Carobbio Guscetti, Graf Maya, Herzog Eva, Michel)

Abs. 1

... wird ein Zahlungsrahmen von 80 000 000 Franken bewilligt.

(plus 10 000 000 Franken Austausch und Mobilität)

Antrag der Minderheit III

(Stark, Germann)

Abs. 1

... wird ein Zahlungsrahmen von 62 500 000 Franken bewilligt.

(minus 7 500 000 Franken)

Art. 1

Proposition de la majorité

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité I

(Carobbio Guscetti, Baume-Schneider, Graf Maya, Herzog Eva, Michel)

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité II

(Gapany, Baume-Schneider, Carobbio Guscetti, Graf Maya, Herzog Eva, Michel)

Al. 1

Un plafond de dépenses de 80 000 000 francs ...

(plus 10 000 000 de francs mobilité et échanges)

*Proposition de la minorité III*

(Stark, Germann)

Al. 1

Un plafond de dépenses de 62 500 000 francs ...
(moins 7 500 000 de francs)

Carobbio Guscetti Marina (S, TI): Ich werde jetzt als Antragstellerin zur Minderheit I sprechen. Nachher, nachdem auch die anderen Minderheitsanträge begründet worden sind, werde ich mich auch melden, um zu den Minderheitsanträgen II (Gapany) und III (Stark) Stellung zu nehmen.

Wir befinden uns hier bei einem Kernelement der Kulturbotschaft, das, wenn auch nicht als einziges, der nationalen Kohäsion dient, nämlich bei der Förderung der Mehrsprachigkeit und insbesondere bei den Finanzmitteln zur Förderung im Bereich Sprachen und Verständigung. Ich beantrage hier mit meiner Minderheit I eine Erhöhung um 1,2 Millionen Franken für das Rätoromanische. Der Bundesrat beantragt 0,4 Millionen Franken. Meiner Meinung nach ist das zu wenig, denn es geht darum, auch jene Rätoromanischsprachigen zu unterstützen, die ausserhalb des Kantons Graubünden leben und einen grossen Teil dieser Sprachgruppe ausmachen. Es reicht nicht, von Viersprachigkeit zu reden, wir müssen die Förderung der Viersprachigkeit auch gezielt unterstützen. Um das zu erreichen, braucht es genügende finanzielle Mittel. Ich bitte Sie deshalb, hier meiner Minderheit I zu folgen.

Gapany Johanna (RL, FR): Notre commission a longuement discuté de ce point et je me permets de défendre ici ma proposition de minorité II.

On propose d'augmenter le montant initial de 10 millions de francs pour le domaine des langues et de la compréhension pour la période 2021 à 2024. Cette demande a été faite pour plusieurs raisons.

AB 2020 S 865 / BO 2020 E 865

D'abord pour passer des paroles aux actes. Il est inscrit dans la stratégie "Echanges et mobilité" que la Confédération et les cantons poursuivent la vision selon laquelle tous les jeunes devraient vivre une expérience d'échange ou de mobilité pendant leur formation. Aujourd'hui, on constate que ces échanges ne sont effectués que par une infime minorité des jeunes, soit à peu près 3 pour cent. C'est au moment de la formation scolaire et professionnelle que tout se joue; c'est le moment idéal pour effectuer un échange et apprendre une nouvelle langue ou perfectionner ses connaissances linguistiques.

Une deuxième raison tout aussi importante, c'est le fait d'investir pour faire d'une volonté populaire un véritable programme qui renforcera tant la compréhension entre les régions que la cohésion nationale. Parce que si se comprendre est parfois un défi – et je suis bien placée pour le dire –, les quatre langues nationales que nous cultivons dans notre pays sont aussi clairement une opportunité. Cette diversité linguistique représente un véritable pilier de l'identité de notre pays et contribue clairement à son bon fonctionnement et à son succès. D'ailleurs, le message culture le relève à juste titre: les discussions autour de l'enseignement des langues à l'école et sur la diversité médiatique démontrent bien l'intérêt de la population pour les enjeux touchant à la cohésion nationale.

Mais tout pilier qu'elle soit, la diversité linguistique ne se maintiendra pas sans effort, nous le savons bien. Cette diversité doit constamment s'entretenir et se cultiver pour se maintenir. C'est du travail, bien sûr, c'est de l'argent aussi. Loin d'être une perte, c'est un investissement nécessaire dans la formation qui renforce notre pays, notre main-d'oeuvre. Cet investissement n'est pas anodin puisqu'on vous propose de doubler le montant de 10 millions de francs actuellement à disposition pour atteindre 20 millions de francs dans ce domaine, ceci dans le but de voir une évolution positive des échanges linguistiques dans les années 2021 à 2024.

L'idée est d'abord de concrétiser les objectifs définis par les cantons et la Confédération dans le domaine. Les directeurs cantonaux de l'instruction publique l'ont clairement dit: les moyens prévus actuellement ne suffiront pas à atteindre ces objectifs. Très concrètement, il s'agit d'intensifier les échanges de classes et d'individus durant la scolarité obligatoire et dans l'enseignement secondaire I. Il s'agit aussi de lancer des programmes d'échange ou de mobilité au niveau de la formation professionnelle, d'intégrer un séjour linguistique dans la formation des enseignants, et de développer des projets de coopération et des partenariats à long terme entre les écoles. Tous ces éléments doivent porter leurs fruits. Les compétences linguistiques sont devenues une compétence clé, non seulement pour les politiciens que nous sommes, mais aussi pour être engagé dans une entreprise. Quant à Google Translate, ou tout logiciel de traduction qui peut nous accompagner au quotidien, il ne remplace en rien les connaissances acquises qui permettent l'échange et le dialogue.

Avant de terminer, je vais revenir sur la stratégie "Echanges et mobilité". Il y est indiqué que la promotion



des échanges et de la mobilité est une tâche commune de la Confédération et des cantons. C'est l'alliance gagnante. Cette formulation rappelle que les cantons doivent s'impliquer autant que possible, mais aussi que la Confédération a son rôle à jouer en stimulant encore davantage ces échanges. On vit tous dans le même pays, on ne parle pas tous la même langue, et c'est une belle richesse. Mais si l'on est incapable de se comprendre, cela devient une faiblesse. La formation est la clé pour préserver cette richesse et la renforcer, ce d'autant plus qu'après avoir fait un tour d'horizon, on a constaté que la Confédération dépense actuellement plus de 30 millions de francs par an pour les échanges internationaux. C'est un bel investissement vu notre emplacement géographique, sauf que 500 000 francs seulement sont destinés à la promotion des échanges intérieurs.

Ce montant est clairement insuffisant du point de vue de notre minorité. Ce déséquilibre doit être corrigé si l'on veut que l'accent soit dorénavant mis sur la valorisation de nos propres ressources et sur la formation des jeunes de ce pays. La proposition de la minorité II s'inscrit aussi particulièrement bien dans la ligne de la commission soeur du Conseil national, qui charge le Conseil fédéral d'augmenter les fonds destinés aux séjours linguistiques à l'échelle nationale dans le cadre de la formation professionnelle de base.

J'espère avoir pu vous convaincre du fait que notre cohésion nationale mérite une attention toute particulière et un engagement financier plus important à l'avenir.

Michel Matthias (RL, ZG), für die Kommission: Somit muss ich zur Minderheit III (Stark) nicht mehr sprechen. Ich glaube, wir haben hier mit der Minderheit keinen grundsätzlichen Widerspruch, on s'entend très bien aussi avec les minorités à l'autre côté de la barrière de röstis. Es geht mir um das Mass, den Umfang, wie stark der Bund das Engagement jetzt verstärken muss. Ganz persönlich habe ich sehr viel Sympathie für die Minderheit. Die Kommission hat auch Sympathie, aber sie anerkennt das jetzt schon verstärkte Engagement des Bundes im Bereich der Sprachen, sowohl im Bereich Rätoromanisch als auch im Bereich der Frankophonie. Wir erinnern einfach daran, dass das Bundesengagement nach wie vor subsidiär ist, neben demjenigen der Kantone. Bereits mit den erwähnten 10 Millionen Franken, die vom Bund eingestellt sind, verstärkt der Bund sein Engagement wesentlich.

Wir finden, dass da halt auch die Zeitschiene zu beachten ist. Mit einer kontinuierlichen Erhöhung kann man einem kontinuierlichen Wachstum in diesem Bereich Rechnung tragen. Das Ziel, dass alle Jugendlichen einmal von einem Sprachaustausch profitieren, ist richtig, aber sehr ambitiös. Es kann nur schrittweise erreicht werden und wohl auch nicht in der nächsten Periode. Die Zielerreichung und das Engagement von Kantonen und Bund geht also über 2024 hinaus. Hier sind vielleicht weniger die finanziellen Herausforderungen ein Problem als die organisatorischen, also das Organisieren solcher Sprachaustausche.

Insgesamt erachtet unsere Kommissionsmehrheit das Anliegen als wichtig, aber das Bundesengagement für die nächsten vier Jahre hier als angemessen.

Carobbio Guscetti Marina (S, TI): Ich habe vorhin meinen Antrag zur Unterstützung der rätoromanischen Sprache erklärt. Ich wende mich jetzt dem Antrag Gapany zu, wo es um eine Erhöhung des Zahlungsrahmens für den Austausch und die Mobilität geht. Die Botschaft zur Kultur widmet mehrere Absätze der Förderung des sprachlichen Austauschs zwischen Klassen, Lehrern und einzelnen Schülern. Gleichzeitig vergeben wir die Kredite, die Movetia für die Entwicklung entsprechender Programme gewährt.

Die Agentur Movetia hat vor Kurzem Daten zur Mobilität in der Schule, insbesondere in den wichtigsten Schulbereichen, veröffentlicht. In der Praxis kommt der Sprachaustausch zu einem grossen Teil den Schulen der Deutsch- und Westschweiz zugute. Leider gehen nur wenige Studierende für einen Sprachaustausch in die italienischsprachige Schweiz. Der Grund liegt leider im Vorfeld: Da Italienisch in der Schule wenig angeboten wird, ist es schwierig, Klassen und Studenten zu finden, die bereit sind, einen Austausch in diese Sprachregionen durchzuführen.

Wie bereits gesagt wurde, ist die Vision von Bund und Kantonen, dass alle jungen Menschen während ihrer Ausbildung einen Austausch oder eine Mobilitätserfahrung machen. So steht es in der "Schweizerischen Strategie Austausch und Mobilität" von Bund und Kantonen, die parallel zur Gründung von Movetia erarbeitet wurde. Von diesem Ziel sind wir noch weit, weit entfernt; wir sind bei rund 3 Prozent pro Jahr. Damit wir diese Vision erreichen können, müssen Austausch und Mobilität in der Wahrnehmung der Bildungsakteure und jungen Menschen selbstverständlich zu einer Ausbildung gehören. Wir müssen investieren, damit die Kompetenzen unserer Jugend gestärkt werden.

Neben Innovationsgeist ist Spracherwerb sicher eine der Kernkompetenzen. Die aktuelle Krise zwingt uns, vorauszuschauen, indem wir die nötigen Ressourcen im Bildungssystem aufbauen und künftige Herausforderungen antizipieren. In diesem Sinn hat der Nationalrat kürzlich eine Motion der



WBK-N verabschiedet, um in Zusammenarbeit mit den Kantonen und den Berufsverbänden die Mobilität der Lernenden zu fördern und dafür namentlich eine auf nationaler Ebene koordinierte digitale Plattform zu schaffen.

Diese Motion geht in die richtige Richtung, aber das genügt noch nicht. Als Angehörige einer sprachlichen Minderheit weiss ich um die grosse Bedeutung des Binnenaustauschs für die Mehrsprachigkeit unseres Landes und für die nationale Kohäsion. Auch bei der Diskussion der Botschaft zur Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung tauchte die Frage auf, was wir diesbezüglich in der Schweiz eigentlich machen. Die Antwort lautete: Das werden wir mit der Kulturbotschaft angehen. Nun beantragt der Bundesrat zwar tatsächlich eine Erhöhung, aber mit diesen Mitteln erreichen wir das noch sehr weit entfernte Ziel, dass alle Jugendlichen während ihrer Ausbildung die Erfahrung eines Austauschs machen, nicht. Um den Anteil von derzeit 3 Prozent zu erhöhen, braucht es eine zusätzliche Aufstockung, sonst werden wir in vier Jahren nur gerade bei vielleicht 4 oder 5 Prozent sein.

Quanto rappresentante di una minoranza linguistica e culturale, e dal momento che il messaggio sulla cultura mette l'accento su importanti progetti per la coesione nazionale, in particolare anche sullo scambio linguistico, mi permetto di dire ancora qualche parola in italiano – dopo che siamo intervenuti, giustamente, in quasi tutte le lingue nazionali.

Gli scambi di allievi e docenti contribuiscono in modo sostanziale alla promozione ed al consolidamento dell'insegnamento delle lingue nazionali. Le attività di scambio hanno inoltre un ruolo centrale quando si tratta di fare propri aspetti culturali delle altre regioni linguistiche, e contribuire così alla reciproca comprensione e alla coesione nazionale. È un aspetto di grande importanza per la Svizzera e le sue minoranze linguistiche.

Nella strategia citata per gli scambi e la mobilità, varata dalla Confederazione e dai cantoni, si indica quindi la necessità di rafforzare gli sforzi finanziari a sostegno degli scambi all'interno del paese. Come è stato ricordato prima, i dati comunque evidenziano che l'italiano è decisamente penalizzato nell'ambito degli scambi linguistici e che c'è ancora molto da fare.

Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit II (Gapany) zu unterstützen und die weiteren 10 Millionen Franken für Austausch und Mobilität zu bewilligen.

Engler Stefan (M-CEB, GR): Ich unterstütze die Minderheit I (Carobbio Guscetti) und die Minderheit II (Gapany). Ich gehe davon aus, dass die Minderheit II eine Ergänzung der Minderheit I ist, dass also der zusätzliche Beitrag für das Rätoromanische auch in der Minderheit II enthalten ist.

Lassen Sie mich kurz zwei Worte zur Situation des Rätoromanischen sagen und zum Bedürfnis nach dieser massvollen Erweiterung des Zahlungsrahmens.

Müsste ich anhand einer Ampel die Situation des Rätoromanischen sichtbar machen, würde ich sagen, es ist ein blinkendes Orange, ganz kurz bevor es ins Rote übergeht. Es wurde im vergangenen Jahr eine Evaluation in Auftrag gegeben, und zwar nicht durch den Kanton, sondern durch das Bundesamt für Kultur, welches die Ernsthaftigkeit der Bedrohung der Sprachsituation des Rätoromanischen untermauert und die Handlungsfelder skizziert hat, auf welchen zu intervenieren wäre. Es sind drei Handlungsfelder; eines betrifft ganz konkret dann auch diese Position des Zahlungsrahmens.

Das erste Handlungsfeld betrifft den konzentrierten finanziellen Einsatz im Bildungssektor. Da können Sie sagen, dass das Aufgabe des Kantons ist, selbstverständlich, und weniger des Bundes.

Das zweite Handlungsfeld aber betrifft Massnahmen ausserhalb des traditionellen Verbreitungsgebietes des Rätoromanischen; darauf komme ich zu sprechen.

Das dritte Handlungsfeld betrifft die Mehrsprachigkeit in der kantonalen Verwaltung. Nach meinem Dafürhalten gehört hier auch die Förderung der Medien dazu.

Geht es nun in den traditionell romanischen Dörfern vor allem darum, die romanische Schule und das romanische Sozialleben zu erhalten, muss es in der sogenannten Diaspora das Bestreben sein, die Romanischsprechenden untereinander zu vernetzen und Orte für den Austausch zu schaffen. Natürlich mischen sich da die Idiome, und natürlich sind angepasste Lösungen für einen minimalen Unterricht im Lesen und Schreiben zu schaffen. Nur so kann verhindert werden, dass die Sprache zu einem nur noch mündlich gebrauchten Dialekt wird.

Die romanische Sprache hat also überall Schutz und Förderung nötig, nicht nur im traditionell romanischen Sprachgebiet. Der Erhalt der romanischen Sprache muss deshalb in Zukunft noch viel mehr darauf abzielen, auch Rätoromaninnen und Rätoromanen, die in Zürich, in Basel, in Lausanne, in Bern oder in Lugano leben, zu erreichen. Es muss dort nämlich möglich sein, die Sprache an die Jugend weiterzugeben, wo immer diese aufwächst. Dies soll von Bund und Kantonen in Zukunft noch verstärkt unterstützt werden.

Genau hier liegt auch die Zielrichtung der Anträge der Minderheiten I und II, wo es um die Erweiterung des



Zahlungsrahmens für das Rätoromanische geht.

Die bundesrätliche Fassung sieht auch 100 000 Franken pro Jahr während vier Jahren vor, also 400 000 Franken, die für die Förderung des Rätoromanischen ausserhalb des Sprachgebiets verwendet werden sollen. Das ist aber ganz klar zu wenig, wenn man hier Akzente setzen will und substanziell etwas erreichen möchte. Darum unterstütze ich die Minderheiten I (Carobbio Guscetti) und II (Gapany) sehr. Sie sehen eine substanzielle Erhöhung um 300 000 Franken pro Jahr vor. Das ist immer noch wenig. Wenn Sie es auf vier Jahre zusammenzählen, dann scheint das viel, 1,2 Millionen Franken, doch letztlich sind es 300 000 Franken pro Jahr mehr, die dafür verwendet werden können. Die 100 000 Franken pro Jahr, die der Bundesrat vorschlägt, genügen nicht, um das Rätoromanische in 25 Kantonen zu fördern. Der vorgeschlagene Beitrag von 400 000 Franken, also 4 mal 100 000 Franken, kann nicht genügen, um die identifizierten Defizite zu bearbeiten. Damit können vielleicht einige erfolgreiche Pilotprojekte, man nennt hier die Kinderkrippe Zürich oder Kurse für Schulkinder in Zürich, weiterverfolgt und vielleicht einzelne neue Projekte aufgelegt werden. Eine systematische, koordinierte Förderung, welche die gesamte romanische Sprachgruppe ausserhalb des Sprachgebiets erreicht, lässt sich mit diesen Mitteln aber nicht bewerkstelligen.

Was würde dann damit gemacht, wenn diese Förderung um 300 000 Franken pro Jahr erweitert würde? Im Vordergrund stünde die Kontinuität: die Sicherung der kontinuierlichen Förderung, Sensibilisierung, Vernetzung, des Aufbaus und der Begleitarbeit, um dann auch mittelfristig einen Fördererfolg zu verzeichnen. Es geht darum, in den Ballungszentren Angebote für Kinder im Vorschul- und im Schulalter zu entwickeln.

Ein zweites Ziel ist der Versuch, Rätoromanisch als Freifach in der ganzen Schweiz zu installieren, um damit Schülerinnen und Schüler zu erreichen, die heute als Rätoromaninnen und Rätoromanen in der Diaspora keinen Zugang zu Bildungsangeboten haben. Das Problem ist, dass wir nicht so viel Zeit haben, um diese Entwicklung jetzt während zehn Jahren mit 100 000 Franken pro Jahr anzuschieben und zu beschleunigen. Die Situation ist viel ernsthafter. Ich habe versucht, es Ihnen mit der Ampel aufzuzeigen: Wir stehen unmittelbar davor, dass die Ampel vom blinkenden Orange aufs Rote übergeht.

"Die Schwachen achten macht den Starken stark": Das pflegen wir zu sagen, wenn wir Minoritätenpolitik betreiben. Am 24. September, der Präsident unseres Rates hat es vorhin gesagt, begehen wir den Tag der Mehrsprachigkeit. Wenn es uns ernst damit ist, und ich habe keinen Zweifel, dass es uns ernst ist, dann dürfen wir es uns nicht leisten, nicht alles, was im Rahmen des Möglichen ist, dafür zu leisten.

Ich möchte Sie deshalb dringend einladen, die Minderheitsanträge I und II zu unterstützen, stimadas collegas, stimadas collegas, da sustegnair la minoritad rumantscha. Cun in modest augment da las contribuziuns envi-dais Vus ina glisch, betg ina chandaila, per dapli preschientscha rumantscha en Svizra.

AB 2020 S 867 / BO 2020 E 867

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Nach dieser wunderbaren Einlage, die wir nächsten Donnerstag am Craschkurs auch verstehen lernen können, ist das Wort weiter frei.

Würth Benedikt (M-CEB, SG): Nach diesem Votum von Herrn Engler getraue ich mich gar nicht, zur Minderheit I zu sprechen, sondern ich fokussiere auf die Minderheit II. Das ist mir eigentlich wichtig, und ich möchte das doch auch mit einer gewissen Ernsthaftigkeit tun.

Wir sind nun in einer schwierigen Situation. Ich glaube, niemand hier drin bestreitet ernsthaft, dass wir alles daransetzen müssen, in einem mehrsprachigen Land, in einem multikulturellen Land den Austausch der Jugend zu fördern, dass wir alles daransetzen müssen, dass die Kohäsion in diesem Land weiterhin stark bleibt. Dass auch Gefahren für diese Kohäsion bestehen, bestreitet niemand. Aber wir müssen auch hier an die Umsetzung denken. Der Bundesrat hat hier einen Schwerpunkt gesetzt. Bundesrat Berset hat das im Eintretensvotum sehr sauber und ausführlich dargelegt. Er hat schon einen wesentlichen Schwerpunkt gesetzt, es wurde in den vergangenen Jahren vieles in diesem Bereich verändert; Movetia wurde gegründet, Bund und Kantone haben diese Reform angestossen.

Ich war seinerzeit Präsident der Vorgängerorganisation von Movetia, der CH-Stiftung. Wir haben hier in den letzten vier, fünf Jahren wirklich vieles bewegt. Ich muss Ihnen einfach sagen, auch aus dieser Erfahrung heraus: Wir dürfen nicht meinen, dass wir hier in diesem Saal einfach Millionen hochbuttern können, und dann passiert etwas. In diesem Bereich passiert nur etwas, wenn die Leute an der Basis, in den Schulen, in den Kantonen, in den Gemeinden wirklich die Überzeugung entwickeln, dass es wichtig ist, diesen Austausch zu pflegen, dass es wichtig ist, andere Kulturen zu erleben und zu spüren. Das ist das Zentrale! Das kann und muss der Bund über Movetia zusätzlich befördern. Da bin ich voll der Meinung, dass die 10 Millionen, die zusätzlich vom Bundesrat beantragt werden, gut investiert sind.



Aber das muss man zuerst einmal umsetzen, dann muss man es evaluieren, und dann muss man prüfen, ob wir für eine nächste Förderperiode allenfalls den Betrag wieder anpassen. Aber hier jetzt einfach – weil es natürlich ein Anliegen ist, das alle gut finden – nochmals um 10 Millionen Franken zu erhöhen, finde ich einfach nicht ganz seriös.

Ich bitte Sie wirklich, der Mehrheit zu folgen bzw. insbesondere die Minderheit II (Gapany) abzulehnen, diese Förderung des Sprachaustauschs schrittweise zu machen, wieder zu evaluieren und dann gegebenenfalls in der nächsten Förderperiode wieder anzupassen. Wir können das nur besser machen, wenn wir die Basis mitnehmen. Das ist mir ein ganz zentrales Anliegen, auch aufgrund der Erfahrung, die ich in diesem Bereich als früherer Präsident der Vorgängerorganisation von Movetia gemacht habe.

Berset Alain, conseiller fédéral: Tout d'abord, je dois vous dire que j'ai trouvé très élégante la formule utilisée par le rapporteur de la commission qui a parlé en français de "rideau". Le rideau, si l'on fait exception de quelques heures sombres de l'histoire européenne, fait plutôt penser à quelque chose d'assez léger, qu'on peut écarter, qu'on peut enlever; c'est du mobilier. C'est une image qui vient, je trouve, assez bien compléter ce qu'on dit d'habitude à ce sujet et qui relève plutôt du domaine immobilier puisque l'on parle d'un fossé ou alors d'une barrière que l'on qualifie volontiers "de rösti". Je saisis cette occasion pour vous dire que je n'ai jamais vraiment compris comment il pouvait venir à l'idée de faire une barrière avec des pommes de terre râpées! Mais c'est un autre débat, et je termine ici ma digression pour revenir au sujet, les échanges scolaires. M. le conseiller aux Etats Würth l'a rappelé à l'instant de manière forte et précise: nous mettons un très fort accent sur les échanges linguistiques dans notre pays. Nous nous sommes rendu compte qu'il ne suffisait pas pour cela d'avoir de l'argent, mais qu'il fallait aussi travailler sur les structures. Donc, les structures ont été revues et nous avons aujourd'hui une base qui nous permet d'intensifier cet effort ainsi que le soutien dans ce domaine, pour la période 2021–2024, avec une augmentation conséquente de 10 millions de francs sur quatre ans.

Comme vous le savez, la participation actuelle aux échanges scolaires se monte à 3 pour cent environ. C'est beaucoup trop peu, c'est une évidence, et l'objectif que nous avons avec les cantons, c'est de faire monter à terme ce niveau à 15 pour cent. Dans ce cadre, il faut évidemment tenir compte du fait que les échanges ne sont pas obligatoires dans le programme scolaire. Il faut voir que nous faisons face à de nombreux obstacles qui ne sont pas de nature financière, tels que la recherche de partenaires adéquats, les différences entre les plans d'études, le travail d'organisation pour le placement, la préparation, l'accompagnement, la réinsertion, etc.

Ce que je veux dire par là, c'est que prévoir seulement des moyens financiers ne sert pas à grand-chose. Des moyens importants sont déjà prévus, soit une augmentation de 10 millions de francs. Aujourd'hui, ce qu'il faut faire pour que cela fonctionne et que l'on puisse conduire ce développement important, c'est travailler sur les structures et surtout favoriser la confiance et l'adhésion des participants, des familles et des écoles. Si nous réussissons cela avec ces 10 millions de francs, nous pourrions toujours plus tard nous reposer la question. Mais aujourd'hui, ce que propose le Conseil fédéral nous paraît vraiment suffisant. C'est un pas très important qui nous permet de faire cet effort.

J'aimerais donc vous proposer, avec cette argumentation, de rejeter la minorité II (Gapany) et de soutenir la proposition de la majorité.

J'en viens à l'autre question, celle de la langue romanche, et donc à la minorité I (Carobbio Guscetti). Depuis cette année, un montant de 400 000 francs – cela a été dit – est à disposition pour soutenir le romanche en dehors de l'aire linguistique où il est traditionnellement parlé. C'est un élément important. Il s'agit d'ailleurs de la mise en oeuvre d'une mesure prévue dans le message culture 2016–2020. Deux éléments sont financés avec ce montant: d'une part, une offre médiatique suprarégionale en romanche – c'est un élément très important – et, d'autre part, des offres de formation en romanche pour les enfants d'âge préscolaire et scolaire, en dehors du canton des Grisons. Cette deuxième partie de projet n'en est qu'à ses débuts. Des travaux sont en cours auprès de la Lia Rumantscha, qui est en train d'élaborer un plan pour l'appuyer. Il est évidemment important que ce plan tienne compte des besoins avérés. Il nous paraît donc qu'à ce stade, un montant de 100 000 francs est suffisant pour couvrir ces travaux, et il ne nous paraît pas adéquat d'augmenter ces fonds avant qu'un plan concret ne soit présent et qu'il n'ait pu être validé.

Voilà quelques éléments que je voulais vous donner pour votre information, en vous invitant à suivre la majorité de votre commission.



Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Minderheit I ... 37 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit ... 4 Stimmen
(2 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag der Minderheit II ... 26 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit I ... 17 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Dritte Abstimmung – Troisième vote

Für den Antrag der Minderheit II ... 37 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit III ... 5 Stimmen
(1 Enthaltung)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.030/3825)
Für Annahme der Ausgabe ... 38 Stimmen
Dagegen ... 4 Stimmen
(1 Enthaltung)

AB 2020 S 868 / BO 2020 E 868

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 20.030/3826)
Für Annahme des Entwurfes ... 38 Stimmen
Dagegen ... 3 Stimmen
(2 Enthaltungen)

11. Bundesbeschluss über einen Zahlungsrahmen im Bereich Schweizerschulen im Ausland in den Jahren 2021–2024

11. Arrêté fédéral allouant un plafond de dépenses au domaine des écoles suisses à l'étranger pour la période 2021–2024

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates



Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.030/3827)

Für Annahme der Ausgabe ... 44 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 20.030/3828)

Für Annahme des Entwurfes ... 41 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

12. Bundesbeschluss über einen Zahlungsrahmen für Pro Helvetia in den Jahren 2021–2024

12. Arrêté fédéral allouant un plafond de dépenses à la fondation Pro Helvetia pour la période 2021–2024

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit

(Stark, Germann)

Abs. 1

... wird ein Zahlungsrahmen von 173 400 000 Franken bewilligt.

(minus 7 000 000 Franken)

Art. 1

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil national



Proposition de la minorité

(Stark, Germann)

Al. 1

Un plafond de dépenses de 173 400 000 francs ...
(moins 7 000 000 francs)

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Der Berichterstatter und Herr Stark verzichten auf das Wort.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 35 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 8 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.030/3830)
Für Annahme der Ausgabe ... 38 Stimmen
Dagegen ... 5 Stimmen
(1 Enthaltung)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 20.030/3832)
Für Annahme des Entwurfes ... 38 Stimmen
Dagegen ... 5 Stimmen
(0 Enthaltungen)

13. Bundesbeschluss über einen Zahlungsrahmen für das Schweizerische Nationalmuseum in den Jahren 2021–2024

13. Arrêté fédéral allouant un plafond de dépenses au Musée national suisse pour la période 2021–2024

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté



Art. 1

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

AB 2020 S 869 / BO 2020 E 869

Antrag der Minderheit

(Stark, Germann)

Abs. 1

... wird ein Zahlungsrahmen von 128 800 000 Franken bewilligt.

(minus 5 700 000 Franken)

Art. 1

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité

(Stark, Germann)

Al. 1

Un plafond de dépenses de 128 800 000 francs ...

(moins 5 700 000 francs)

Stark Jakob (V, TG): Das ist jetzt der letzte Beschluss, und ich habe zusammengezählt, was Sie beschlossen haben. Der Ständerat hat also den Finanzrahmen dieser Kulturbotschaft um 33,2 Millionen Franken aufgestockt, das sind fast 3 Prozent. Ich habe Ihnen beantragt, dass wir keine reale Aufstockung machen, und Sie haben also wirklich genau das Gegenteil gemacht. Es ist für mich ernüchternd. Ich muss Ihnen sagen, ich finde diese Beschlüsse angesichts der Tragweite der Covid-Krise und angesichts der Unterstützung, die die Kultur jetzt benötigt, in einer gewissen Weise verantwortungslos.

Herzog Eva (S, BS): Das hat mich jetzt doch ein bisschen herausgefordert, das möchte ich nicht so stehen lassen. Man kann nicht aufgrund einer Krise – die wir jetzt haben, das stimmt – langfristige Finanzierungen aufs Spiel setzen. Wenn jetzt diese noch etwas vehementere Aussage als bei den vorherigen Minderheitsanträgen gerade beim Nationalmuseum kommt, möchte ich Folgendes sagen: Hier besteht eine Unterfinanzierung. Das Museum wurde renoviert, erhielt einen Neubau, und dieser Neubau kann nicht betrieben werden, wie es sein müsste. Wenn die Covid-19-Krise als willkommener Anlass genommen wird, um bei langfristig sinnvollen Finanzierungen zu sparen, muss ich widersprechen. Das kann es nicht sein, das ist keine nachhaltige Politik.

Berset Alain, conseiller fédéral: Le projet 13 concerne donc le Musée national. Je dois vous rappeler dans ce cadre que le Parlement a pris toute une série de décisions pour agrandir le Musée national. Ces travaux ont été réalisés durant une bonne dizaine d'années, si ce n'est plus.

J'aimerais premièrement faire remarquer que les travaux ont été achevés dans les délais et que les dépenses ont été inférieures au budget – c'est un élément important à mentionner, car ce n'est pas toujours une évidence pour l'agrandissement d'un musée national. Maintenant, le Musée national dispose d'une grande surface supplémentaire d'exposition, et les montants supplémentaires étaient déjà prévus dans ces crédits à l'époque. Il serait donc un peu absurde d'avoir agrandi ce musée de manière importante, mais de ne pas lui donner ensuite les moyens de fonctionner et de devoir laisser ces salles vides.

Deuxièmement, vous avez, Monsieur Stark, parlé d'une augmentation d'environ 33 millions de francs par rapport au projet du Conseil fédéral. J'aimerais vous faire remarquer qu'une bonne moitié est liée à l'une de vos propres minorités, celle en rapport avec les crédits alloués au domaine de la culture du bâti.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 37 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 6 Stimmen

(0 Enthaltungen)



Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.030/3834)

Für Annahme der Ausgabe ... 38 Stimmen

Dagegen ... 5 Stimmen

(1 Enthaltung)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 20.030/3835)

Für Annahme des Entwurfes ... 39 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(4 Enthaltungen)

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Damit haben wir das Geschäft beraten. Die Vorlagen 1, 3, 4 und 5 sind bereit für die Schlussabstimmung. Da die Vorlagen 7 bis 9 und 11 bis 13 nicht dem Referendum unterstehen, kommen sie nicht in die Schlussabstimmung. Sie sind damit erledigt. Die Vorlagen 6 und 10 gehen zurück an den Nationalrat, da noch Differenzen bleiben.